

Deckblatt

Teil 1 Seite 1

Drucksachennummer:

0649/2013

Datum:

03.07.2013

ÖFFENTLICHE MITTEILUNG

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

Fachbereich des Oberbürgermeisters

Betreff:

Zukunft der Schulsozialarbeit in Hagen

Beratungsfolge:

11.07.2013 Rat der Stadt Hagen

Kurzfassung

entfällt

Begründung

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes konnten ab 01.01.2012 auch in den Hagener Schulen Schulsozialarbeiter(innen) beschäftigt werden. Die Stadt Hagen hat sich in dieser Sache zusammen mit den freien Trägern von Beginn an sehr stark engagiert. Dieses Engagement hat sich gelohnt. Heute sind die Schulsozialarbeiter(innen) aus den Schulen praktisch nicht mehr wegzudenken. Ihre Arbeit ist für die Kinder und Eltern, aber auch für die Lehrer(innen) von unschätzbarem Wert. Damit werden auch Familien erreicht, die ansonsten keinen Zugang zur Sozialarbeit finden würden. Betreuung, Hilfe und Unterstützung werden individuell und ohne Umwege geboten.

Leider werden die Mittel für die Schulsozialarbeit nur bis zum 31.12.2013 vom Bund finanziert. Die Stadt Hagen hat deshalb gegenüber dem Städtetag NRW und durch eine eigene Initiative bei der Konferenz der Großstadtjugendämter deutlich gemacht, dass die Fortführung der Bundesförderung notwendig ist, da Hagen, wie viele andere Kommunen auch, die Maßnahme nicht aus eigenen Mitteln finanzieren kann.

Das Thema Schulsozialarbeit wurde auch im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses thematisiert. Der Jugendhilfeausschuss hat die Verwaltung beauftragt, nach der Sommerpause Überlegungen zur Berücksichtigung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Gesamtkonzeptes der „Frühen Hilfen“ vorzustellen.

Ohne weitere Fördermittel des Bundes oder Landes wird aber auch damit eine Fortsetzung der Arbeit im bisherigen Umfang nicht möglich sein. Der Bundesrat hat am 03.05.2013 eine Gesetzesinitiative verabschiedet, die die Fortführung der Schulsozialarbeit mit einer weiteren Finanzierung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zum Ziel hat. Hierüber wird der Bundestag beraten.

Bisher haben sich folgende Schulen für eine Fortführung der Sozialarbeit und den Verbleib der Schulsozialarbeiter(innen) in Briefen an den Oberbürgermeister und an weitere Mandatsträger und Abgeordnete eingesetzt:

Realschule Haspe, Ernst-Eversbusch-Schule, Pestalozzischule, Wilhelm-Busch-Schule, Goldbergschule

Diesen Schulen (Schulleitungen, Schülervvertretungen, Schulpflegschaften und Fördervereinen) wurde mitgeteilt, dass sich die Stadt Hagen auch in den verbleibenden Monaten intensiv für eine Fortführung der Schulsozialarbeit einsetzen wird.

Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen

gez.

Jörg Dehm

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichnen:

Amt/Eigenbetrieb:

Fachbereich des Oberbürgermeisters

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

